Stand: 13.12.2025 11:11:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/28910

"Grundsteuererklärungen für Liegenschaften des Freistaates Bayern"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/28910 vom 10.05.2023
2. Plenarprotokoll Nr. 145 vom 11.05.2023
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/29443 des HA vom 24.05.2023
4. Beschluss des Plenums 18/29740 vom 04.07.2023
5. Plenarprotokoll Nr. 149 vom 04.07.2023

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 10.05.2023 **Drucksache** 18/**28910**

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harald Güller, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Grundsteuererklärungen für Liegenschaften des Freistaates Bayern

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag zu folgenden Fragen zu berichten:

– Wie viele Grundsteuererklärungen muss der Freistaat auf der Grundlage des neuen Bayerischen Grundsteuergesetzes für seine Liegenschaften abgeben?
– Wie viele davon gingen fristgerecht bis zum 30. April 2023 an die Finanzämter?
– Bis wann werden die noch offenen Grundsteuererklärungen des Freistaates der Steuerverwaltung vorliegen?
– Welches Grundsteuervolumen entrichtet der Freistaat aktuell pro Jahr an die bayerischen Gemeinden?

Begründung:

Anfragen von Klaus Adelt, MdL, im Januar sowie im Februar dieses Jahres, die sich auf den damals noch gültigen Abgabetermin 31. Januar 2023 für die Grundsteuererklärungen bezogen, wurden seitens der Staatsregierung inhaltlich nicht beantwortet.

Die Begründung der Staatsregierung dafür, keine Daten über die Anzahl der fälligen und abgegebenen Grundsteuererklärungen des Freistaates vorzulegen, lautete zunächst: Die Erklärungspflicht verteile sich auf alle Ressorts und deren nachgeordnete Behörden. Eine Gesamtquote für die Erledigung für den Freistaat sei daher in der Kürze der Zeit nicht ermittelbar. Anschließend erklärte die Staatsregierung: Eine Abfrage aller Ressorts und nachgelagerten Behörden sei äußerst aufwendig und somit nicht verwaltungsökonomisch.

Da die neue Abgabefrist 30. April 2023 ebenfalls abgelaufen und mittlerweile genügend Zeit vergangen ist, sich einen umfassenden Überblick über den Sachstand der fälligen Grundsteuererklärungen des Freistaates zu verschaffen, sollte die Staatsregierung jetzt auskunftsfähig gegenüber dem Landtag und der Öffentlichkeit sein. Diese Gesamtschau, ob alle Ressorts und Dienststellen ihren Verpflichtungen nachgekommen sind, ist auch im Sinnen eines Controllings der staatlichen Verwaltung geboten.

Was von den Bürgerinnen und Bürgern gefordert wird, nämlich fristgerecht alle Grundsteuererklärungen abzugeben, sollte insbesondere auch für die Staatsregierung gelten und deshalb erfüllt werden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Vielen Dank. Es ist 18 Uhr. Wir können die Abstimmung noch durchführen. Ich rufe die namentliche Abstimmung auf. Sie haben drei Minuten Zeit. Ich bitte um Ihre Stimmabgabe.

(Uli Henkel (AfD): Herr Reiß, Sie haben die falsche Karte in der Hand! – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Jetzt haben wir aber gelacht!)

Ich gebe nun noch bekannt: Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachen 18/28910 mit 18/28914 werden im Anschluss an die heutige Sitzung in den jeweils zuständigen federführenden Ausschuss verwiesen. –

Wir warten jetzt noch das Ende der Abstimmungszeit ab. Ich gebe dann noch das Ergebnis der Abstimmung bekannt. Wir haben noch etwa eine Minute zur Stimmabgabe.

(Namentliche Abstimmung von 18:00 bis 18:03 Uhr)

Die Abstimmung ist hiermit beendet. Vielen Dank. –

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich gebe das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der AfD-Fraktion betreffend "Hände weg von unseren Kindern! Kinder und Jugendliche vor Frühsexualisierung schützen" auf Drucksache 18/28909 bekannt: Mit Ja haben 11 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 110. Stimmenthaltungen: 2.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Ich schließe hiermit die Sitzung und wünsche noch einen schönen Abend.

(Schluss: 18:05 Uhr)

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.05.2023 **Drucksache** 18/**29443**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harald Güller u.a. und Fraktion (SPD)
Drs. 18/**28910**

Grundsteuererklärungen für Liegenschaften des Freistaates Bayern

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatter: **Harald Güller**
Mitberichterstatter: **Michael Hofmann**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Dringlichkeitsantrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 177. Sitzung am 24. Mai 2023 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Ablehnung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Ablehnung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Zustimmung
FDP:	Zustimmung

Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 04.07.2023 **Drucksache** 18/**29740**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Florian von Brunn, Klaus Adelt, Harald Güller, Florian Ritter, Arif Taşdelen, Horst Arnold, Inge Aures, Alexandra Hiersemann, Stefan Schuster, Ruth Müller, Dr. Simone Strohmayr, Margit Wild, Martina Fehlner, Christian Flisek, Volkmar Halbleib, Annette Karl, Natascha Kohnen, Doris Rauscher, Markus Rinderspacher, Diana Stachowitz, Ruth Waldmann** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/**28910**, 18/**29443**

Grundsteuererklärungen für Liegenschaften des Freistaates Bayern

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher
Abg. Martin Böhm
Abg. Jochen Kohler
Abg. Ursula Sowa
Abg. Rainer Ludwig
Abg. Inge Aures
Abg. Sebastian Körber

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Wir kommen zum letzten Tagesordnungspunkt des heutigen Tages, **Tagesordnungspunkt 10**:

Antrag der Abgeordneten Martin Böhm, Katrin Ebner-Steiner und Fraktion (AfD)
Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften durchsetzen (Drs. 18/28434)

Ich eröffne die Aussprache. Redezeit der Fraktionen: 32 Minuten. Erster Redner ist Herr Abgeordneter Böhm für die AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Martin Böhm (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der zu debattierende Antrag fußt auf meiner Anfrage. Die Antwort darauf war einer Demokratie, die an Abgeordnetenrechten interessiert ist, unwürdig. Im weiteren Schriftverkehr mit den Ministerien war der Hinweis auf die Allgemeine Geschäftsordnung für Behörden des Freistaats Bayern formal gewiss korrekt, im Effekt aber eine grobe Missachtung meines Fragerechtes als MdL.

Unser Freistaat muss sich jährlich gegen eine Migrationswelle stemmen, die Wohnraum in der Größenordnung von Amberg verschlingt, Wohnraum für 40.000 Sozialwanderer, Wohnraum, dessen energetischer Zustand nach den Regeln des Baugesetzbuches nahezu vollkommen belanglos ist. Aber den Bürgern, die hier den Laden am Laufen halten, wird aus Berlin die Graichen-Pumpe ins Heft diktiert. Brave Bürger sollen sich für ein grünes Ideologiegespinst verschulden, sie sollen den Urlaub eindampfen und womöglich an der Bildung ihrer Kinder sparen. Dem gilt es sich zu widersetzen.

Mittlerweile geht die Gesamtzahl der Migranten, die unter den Erleichterungen des § 246 BauGB untergebracht sind, allein in Bayern in die Hunderttausende. Die meisten dieser Erleichterungen sind auf Ende 2024 befristet. Dann sollen unzählige Unterkünfte über Nacht ganz plötzlich schärfsten Standards entsprechen? – Nein, dazu

wäre Bayern finanziell gar nicht in der Lage. Unser Handwerk hat zum Glück angenehmere Aufträge.

Die in den Nebel führende Antwort der Staatsregierung ist Beleg für die aus deren Sicht wohl notwendige Verschleierung der perfiden Umstände. Was Sie mit Ihrer Politik betreiben, ist nichts anderes als aktive Inländerdiskriminierung.

(Beifall bei der AfD – Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Tim Pargent (GRÜNE))

Was als sogenannter Kulturrabatt durch die bayerische Justiz geistert, ist im Bauministerium das konsequente Negieren aller energetischen Standards beim Bewältigen des migrantischen Zustroms. Bester Beweis ist die massenhafte Aufstellung der als Energieschleudern verschrienen Stahlcontainer. Energieschleudern sind diese kulturfremden Containerdörfer nicht nur im Winter, sondern auch jetzt im Sommer, da sie klimatisiert werden müssen –

(Florian von Brunn (SPD): Der Einzige, der kulturfremd ist, sind Sie, Herr Böhm!)

klimatisiert mit Strom aus toxischem Fracking-Gas, das aus den Staaten zu uns genauso hergeschippert werden muss wie alte schmutzige Steinkohle aus Südamerika. Hauptsache, unsere saubere Kernkraft wurde eliminiert; danke an Markus Söder auch gerne dafür.

Einen Vorteil haben Wohncontainer aber doch: Wir können sie jederzeit aus unseren schönen bayerischen, schwäbischen und fränkischen Dörfern auch wieder abtransportieren, abbauen, um weit außerhalb auf der grünen Wiese damit Siedlungen zu errichten. Am besten aber, wir verladen all die Container gleich in Richtung Nordafrika, um dort in Algerien, Tunesien oder sonst wo Migrationszentren zu schaffen, Zentren, denen in vielen aufgeklärten europäischen Demokratien schon lange das Wort geredet wird.

(Florian von Brunn (SPD): Mit Aufklärung haben Sie nichts am Hut, genauso wenig wie mit Demokratie! – Tim Pargent (GRÜNE): Ich würde mich schämen!)

Die wenigen Hundert, die dann einen wirklichen Grund für Asyl haben, die kann unser Freistaat auch aufnehmen und in energetisch maßvoll ertüchtigten Wohnungen unterbringen.

(Beifall bei der AfD)

Frauen und Töchter unserer wirklichen Mehrheitsgesellschaft werden sich über ein solches Augenmaß freuen. Setzen Sie sich schon heute dafür ein, indem Sie unserem Antrag zustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der AfD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Nächster Redner ist Herr Kollege Jochen Kohler für die CSU-Fraktion.

Jochen Kohler (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Natürlich muss der Freistaat seiner Aufnahmeverpflichtung nachkommen. Natürlich ist es der Staatsregierung ein großes Anliegen, die bei uns ankommenden Menschen schnell unterzubringen und dadurch Notlagen zu verhindern bzw. abzuwenden. Und natürlich geht es aufgrund des enormen Zuzugs von Asylbewerbern und Kriegsflüchtlingen aus der Ukraine in erster Linie darum, schnell Unterkunftskapazitäten zu akquirieren.

Die Akquise von Unterkünften erfolgt, wie Sie wissen, durch die Regierungen und die Kreisverwaltungsbehörden im Rahmen der jeweiligen Möglichkeiten vor Ort und unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen. Weitergehende rechtliche Einschränkungen, wie Sie sie in Ihrem Antrag fordern, würden die aufgrund des angespannten Immobilienmarktes ohnehin schwierige Akquise von Unterkünften weiter erschweren und sind daher abzulehnen.

Unabhängig von der reinen Energieeffizienzklasse hat aber auch und gerade das persönliche Verhalten Auswirkungen auf den Energieverbrauch. Daher wurde ja auch, liebe Kolleginnen und Kollegen, die staatliche Unterbringungsverwaltung gebeten, die in den Unterkünften lebenden Personen – a) – für die aktuelle Situation zu sensibilisieren und – b) – über die Möglichkeiten zu informieren, wie man durch das persönliche Verhalten Energie einsparen kann.

Wir lehnen diesen Antrag ab. – Danke schön.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Kohler. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Ursula Sowa für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Ursula Sowa (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich begründe, warum wir diesen unsäglichen Antrag ablehnen, indem ich einen Satz aus der Begründung zitiere:

> Das politisch in Bund und Ländern selbstverschuldete Erfordernis, immer mehr Menschen mit vorübergehendem und auch längerfristigem Wohnraum versorgen zu müssen,

– darin schließen Sie, wie in einem Satz zuvor zu lesen ist, die 152.000 Ukrainer ein, die vor dem Krieg geflüchtet sind –

> befindet sich schon prinzipiell im Widerspruch zu den Klimazielen, da jeder zusätzliche Bewohner auch zusätzliche Energie verbraucht.

Allein dieser Satz, den ich hier mit Gruseln zitiert habe, führt uns dazu, zu urteilen: Das ist perfide, menschenverachtend, respektlos, würdelos, unchristlich. Wir lehnen das ab.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Sowa. – Nächster Redner ist Herr Kollege Rainer Ludwig für die FREIEN WÄHLER.

Rainer Ludwig (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich darf mich meiner Vorrednerin anschließen. Zu dem vorliegenden Antrag der AfD-Fraktion verweise ich auf die Behandlung im federführenden Fachausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr. Der mehrheitlichen Ablehnung dort gibt es aus unserer Sicht nichts hinzuzufügen. Die AfD verfolgt einmal mehr rein populistische Ziele. Nicht nur leugnet sie grundsätzlich die Klimakrise. Im vorliegenden Fall geht es nicht um die Energieeffizienz von Flüchtlingsunterkünften. Die Antragsformulierung ist – das zeigt sich deutlich – Ausdruck von Fremdenfeindlichkeit und richtet sich gegen die Asyl- und Einwanderungspolitik in unserem Land.

Ich muss Ihnen schon sagen: Es ist wirklich unerträglich und widerlich, wie die AfD hier versucht, ein Thema zu korrumpieren. Es ist ein erneuter Versuch, durch Stimmungsmache, verzerrte Fakten und Hetze Misstrauen zu säen und unsere Demokratie zu untergraben. Dieser Antrag ist aus unserer Sicht nur noch billig. Wir lehnen ihn entschieden ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Ludwig. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Inge Aures für die SPD-Fraktion.

Inge Aures (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Die SPD-Fraktion lehnt diesen Antrag ab. Wir haben im zuständigen Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr darüber diskutiert. Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Aures. – Nächster Redner ist Herr Kollege Sebastian Körber für die FDP-Fraktion.

Sebastian Körber (FDP): Unabhängig von den ekelhaften Ausführungen, die Sie gerade gemacht haben, ist inhaltlich so viel Schmarrn drin, dass man darüber gar nicht weiter reden muss. Ablehnung! – Danke.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Körber. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags.

Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag der AfD-Fraktion zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die AfD-Fraktion. Gegenstimmen! – Das sind alle anderen Fraktionen des Hauses sowie der fraktionslose Abgeordnete Plenk. Enthaltungen? – Keine. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich danke Ihnen für die konzentrierten Beratungen und wünsche Ihnen einen schönen Feierabend. Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluss: 20:33 Uhr)